

Von: [Weisgerber Anja](#)
An: kontakt@rentenpolitikwatch.de
Thema: AW: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik
Datum: Mittwoch, 19. Oktober 2016 17:06:24
Anlagen:

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrte Herren,

vielen Dank für Ihre Nachricht zur Rentenpolitik. Gerne nehme ich darauf Bezug.

Die Zukunft der Renten in Deutschland ist eines der großen gesellschaftlichen Themen in unserem Land. Wir schulden sowohl den heutigen Rentnern als auch den Beitrags- und Steuerzahlern eine sachliche Debatte über Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten, sollten einen parteipolitischen Überbietungswettbewerb aber unbedingt vermeiden.

Dank der vorausschauenden Politik der Union und der richtigen Weichenstellungen, die wir in den vergangenen Jahren getroffen haben, steht die gesetzliche Rente heute gut da: Die Renten sind in diesem Jahr so stark gestiegen wie seit über 20 Jahren nicht mehr, gleichzeitig sind die Rentenbeiträge seit 2015 auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Einführung der Grundsicherung im Alter und der besseren Verteilung der Risiken auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rente und kapitalgedeckte private Vorsorgeelemente haben wir in der Vergangenheit bereits viel zur Absicherung der künftigen Rentner getan. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat in dieser Legislaturperiode darüber hinaus die Verbesserung der Mütterrente und der Erwerbsminderungsrente sowie die Erhöhung des Reha-Budgets durchgesetzt.

Entwicklung und sich abzeichnende Probleme - wie zum Beispiel die mangelnde private Vorsorge vor allem bei Geringverdienern oder niedrige Renditen bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge – behalten wir genau im Blick. Zuletzt haben wir im CSU-Parteivorstand ein Positionspapier zum Thema Alterssicherung beschlossen. Dabei gilt für uns: Wir stehen zu den Reformmaßnahmen der Vergangenheit, auch als Gebot der Generationengerechtigkeit. Eine Generalrevision der Rentenpolitik der vergangenen 25 Jahre lehnen wir daher ab.

Ihre Fragen beantworte ich daher wie folgt:

Zu Frage 1: Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: Der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie der kapitalgedeckten betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Die tragende Säule wird dabei auch in Zukunft die gesetzliche Rente bleiben. Unser Ziel ist es, auch langfristig ein Gesamtversorgungsniveau für die Menschen sicherzustellen, das annähernd dem heutigen Niveau entspricht.

Zu Frage 2: Die beste Rentenpolitik ist eine gute Arbeitsmarktpolitik. Die Rente ist letztlich das Spiegelbild des Erwerbslebens. Wir setzen deshalb weiter auf höhere Beschäftigung und niedrigere Arbeitslosigkeit. Daneben wollen wir typische Altersarmutsrisiken an der Wurzel packen. So wollen wir z.B. eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige einführen, die heute nicht Mitglied eines öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems und damit im Alter nicht abgesichert sind.

Zu Frage 3: Die demografische Entwicklung lässt sich nicht wegreformieren, sondern nur gerecht auf die Generationen verteilen. Deshalb wäre eine Erwerbstätigenversicherung keine Lösung, sondern würde wegen der damit zusammenhängenden Übergangsprobleme neue Fragestellungen und Probleme aufwerfen. Allerdings sprechen wir uns aus Gründen der Gerechtigkeit dafür aus, Reformmaßnahmen jeweils wirkungsgleich auf die unterschiedlichen Alterssicherungssysteme in Deutschland zu übertragen.

Zu Frage 4: Der Bundeshaushalt sieht als Leistung des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung aktuell einen Betrag in Höhe von rund 90 Mrd. Euro vor. Das entspricht ca. einem Drittel der Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (aktuell rund 266 Mrd. Euro). Angesichts dieses Anteils an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung ist davon auszugehen, dass die nicht beitragsgedeckten Leistungen in der Rentenversicherung inzwischen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. An der staatlichen Riester-Förderung halten wir fest.

Zu Frage 5: Rentenpolitik lebt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Statt ständig in die Vergangenheit zu blicken und getroffene politische Entscheidungen immer wieder grundsätzlich in Frage zu stellen, schauen wir nach vorne und

wollen unser bewährtes Alterssicherungssystem behutsam dort nachjustieren, wo Anpassungsbedarf besteht.

In der Hoffnung, dass meine Antwort hilfreich für Sie ist verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber
Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stv. Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Mitglied im Unterausschuss für Europarecht



Dr. Anja Weisgerber
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 22779344
Telefax: +49 30 22776343
Email: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17
97424 Schweinfurt
Telefon: +49 9723 934370
Telefax: +49 9723 934385
Email: anja.weisgerber@bundestag.de

Haben Sie Interesse an meinem Infobrief? Dann schicken Sie uns einen kurzen Hinweis, wir nehmen Sie gerne in den Verteiler mit auf oder einfach unter <http://www.anja-weisgerber.de/newsletter.html> anmelden.

Mehr Informationen finden Sie auf meiner Internetseite www.anja-weisgerber.de.

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de]

Gesendet: Mittwoch, 5. Oktober 2016 23:03

An: Weisgerber Anja <anja.weisgerber@bundestag.de>

Betreff: Ihre Position zu drängenden Fragen der Rentenpolitik

Frau
Dr. Anja Weisgerber, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Ihre Position zu drängenden Fragen zur Rentenpolitik

Sehr geehrte Frau Dr. Weisgerber,

im April dieses Jahres hatte **rentenpolitikwatch.de** alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeschrieben. Auch Ihre persönliche Stellungnahme zu den fünf Fragen wäre uns wichtig gewesen.